

Luzerner Tagblatt

**Zürcher Milieu-Mord:
Vermutlicher Täter verhaftet** 2

Cup-Niederlage des FCL 11

Bluttat in den Freibergen LM



Die Endrunde im Wahlkampf in der Bundesrepublik hat begonnen. Am 28. September wird sich entscheiden, welche Partei in den kommenden Jahren die Staatsführung in Deutschland innehat. Angesichts des Kopf-an-Kopf-Rennens zwischen CDU/CSU und SPD sind sichere Prognosen nicht möglich. Unser Bild: Die vier «Starken» der Unionsparteien: Barzel, Strauß, von Hassel und Kiesinger. Keystone

Spannung vor den deutschen Wahlen

Schwere Zusammenstöße auf NPD-Kundgebung in Hannover

Hannover, 23. Sept. (UPI) Bei schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten sind bei einer Kundgebung der NPD in Hannover 20 Polizeibeamte verletzt worden. Wie ein Polizeisprecher mitteilte, mußten zwei Beamte in Spitäler eingeliefert werden. Unter den Demonstranten gab es einen Verletzten. 30 von ihnen wurden vorübergehend verhaftet.

Bonner Kabinett lehnt Lohngespräche vor der Wahl ab

Bonn, 23. Sept. (UPI) An einer Sondersitzung in Bonn lehnte das Kabinett der westdeutschen Großen Koalition Lohnverhandlungen für das öffentliche Personal noch vor der Bundestagswahl vom 28. September ab. Innenminister Ernst Benda sagte anschließend vor der Presse, der ablehnende Beschluß sei einstimmig erfolgt, nachdem er zuvor einen Bericht über die tarifpolitische Lage im öffentlichen Dienst erstattet habe. Ein Ministerratsschluß solle nun an der nächsten Kabinettssitzung vom 1. Oktober darlegen, welche wirtschafts- und finanzpolitischen Auswirkungen eine Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst haben werde. Sämtliche Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst waren von den Gewerkschaften gefordert worden.

Gegen die rund 1500 Demonstranten setzte die Polizei fünf Hundertschaften der Bereitschaftspolizei, eine Reiterstaffel und drei Wasserwerfer ein. Die Demonstranten bewarfen die Polizisten mit Steinen und Flaschen, Latten, die sie von NPD-Plakaten abgebrochen hatten, benutzten sie als Schlagstöcke gegen die Beamten. 500 Demonstranten störten eine Rede des NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden.

Entscheidende ZK-Tagung in Prag

Rehabilitierung der Stalin-Opfer wird abgelöst durch Strafmaßnahmen gegen die Reformer - Vorwürfe gegen Ota Sik - Was geschieht mit Smrkovsky und Dubcek?

Prag, 23. Sept. (UPI) Zwei Tage vor dem Beginn der Tagung des Zentralkomitees der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei ist in Prag amtlich das Ende der Rehabilitierung der Opfer der Stalinoche angeündigt worden. Der Vorsitzende der Kontrollkommission, Vaclav Hasek, erklärte in einem Interview, Rechtsbeugungen seien bei der Untersuchung von Fehlurteilen in der Stalinära «nur in einer unwesentlichen Anzahl von Fällen» festgestellt worden. Heute gehe es nun darum, «konkrete Fälle von Rechtsopportunisten» zu enthüllen und anzuprangern.

Zur Vorbereitung der für Donnerstag einberufenen ZK-Tagung hat Husak die Leiter der regionalen und örtlichen Parteiorganisationen zu einer Sitzung nach Prag einberufen. In Prag wird erwartet, daß die Tagung die Weichen für die künftige politische Entwicklung des Landes stellt und personelle Entscheidungen gegen noch im Amt befindliche Vertreter des Reformkurses trifft. Rund 20 ZK-Mitglieder, darunter Smrkovsky, müßten mit ihrem Ausschuß aus dem politischen Leben rechnen.

Als noch umstritten gilt die Frage, wieweit das ZK gegen Dubcek vorgehen kann, unter dessen Führung der «Reformfrühling» blühte. Dubcek ist noch Mitglied des Parteipräsidiums und

damit auch des Zentralkomitees. Außerdem ist er Parlamentspräsident. Als wahrscheinlich gilt, daß er seinen Posten im Parteipräsidium aufgeben muß. Angesichts von Dubceks Popularität werde man vielleicht auf andere Schritte gegen ihn verzichten. Erst kürzlich waren Dubcek zu Beginn eines Fußballspiels im Stadion spontane Ovationen der Zuschauer zuteil geworden.

Zur Beendigung der von den Reformern 1968 eingeleiteten Rehabilitierung der Stalinopfer sagte Hasek: «Die Parteikontrollkommission hat im Kern die Rehabilitierung von Genossen beendet, die auf Grund von erfundenen oder unbestätigten Vorwürfen unter Verletzung der sozialistischen Legalität bestraft wurden. Nur in einer unwesentlichen Anzahl von Fällen haben wir festgestellt, daß die Anklagen erfunden waren und die Bestrafung falsch war.»

Zu der von Hasek hervorgehobenen Notwendigkeit, Fälle von Rechtsopportunisten anzuprangern, äußerte sich das Prager Gewerkschaftsorgan «Prace». Das Blatt griff den Prager Wirtschaftsreformer Ota Sik an, der nach der Invasion der Warschaupakt-Staaten das Land verließ und in der Schweiz Wohnsitz nahm. Sik habe zur Wirtschaftsreform «keine konkreten, wohl überlegten Vorschläge» gemacht. Seine Taktik

habe sich darin erschöpft, die wirtschaftlichen Entwicklungen der vorangegangenen Epoche zu kritisieren.

Radio Prag setzte am Dienstag seine Berichterstattung über Aktionen von Gegnern der Reformbewegung fort. Im böhmischen Tabor hätten 43 Parteiorganisationen in Resolutionen verlangt, daß die Reformpolitiker sich auf der Tagung des Zentralkomitees für ihre Handlungen verantworten müßten.

Gegen «Opportunisten» der Dubcek-Führung

Prag, 23. Sept. (AFP) Radio Prag hat die «Opportunisten der ehemaligen Parteilitung» erneut heftig angegriffen. In einer Sendung wurde erklärt, «diese Männer hätten die Lage im August 1968 derart verschlechtern lassen, daß die Partei die Kontrolle über das Land verlor». Zudem hätten sie sich nach dem 21. August 1968 wie «Opferlämmer» gebürdet, ohne sich zu fragen, wie es «so weit» habe kommen können. Die Wahrheit beginne erst jetzt durchzudringen. Es sei schwierig, die vom Sekretär der Partei damals benutzten «Kniffe» zu schildern. Dieser habe weder den Ministerpräsidenten noch das Parteipräsidium über äußerst wichtige Verhandlungen informiert, die er mit der sowjetischen KP geführt habe.

Israels Strategie gegen die Araber

Dayan gegen offenen Krieg - Bei Verhandlungen muß von der heutigen Lage ausgegangen werden

(UPI) Gegen die «Wiederaufnahme des offenen Kriegs mit strategischen Zielen tief in den arabischen Ländern» hat sich der israelische Verteidigungsminister Mosche Dayan ausgesprochen. In einem Interview erklärte er, die israelische Sicherheitsstrategie bestehe darin,

yan erklärte weiter «sie besteht darin, unsere Linien in ihrer ganzen Länge und Tiefe durch Gegenangriffe an unerwarteten Stellen zu sichern, blitzartig vorzustößen, aber zurückzukehren».

Als sichere Grenze bezeichnete der israelische Minister die Golanhöhen im Norden, die besiedelt werden müßten. Er sagte: «Hätten die Syrer gleich nach dem Krieg Verhandlungen aufgenommen, dann hätte es dort noch keine israelischen Siedlungen gegeben. Wer Verhandlungen will, muß vor der bestehenden Situation ausgehen, und je länger sie (die Araber) warten, um so mehr wird sich die Situation ändern. Wenn Jordanien, gleich nach dem Krieg mit uns verhandelt hätte, gäbe es heute keine israelischen Siedlungen im Jordanbecken. Aber jetzt gibt es sie, und wenn die Jordanier jetzt verhandeln wollen, müssen sie davon ausgehen.»

Ghorkanal repariert

(AFP) Nachdem die israelische Regierung sich bereit erklärt hatte, die Reparaturarbeiten am Ghorkanal südwestlich des Tiberiassees nicht zu stören, konnten die Arbeiten nun beendet werden. Der Ghorkanal, der zur Bewässerung des zu Jordanien gehörenden Teils des Jordantales dient, war am 10. August von israelischen Flugzeugen bombardiert worden.

Nach Angaben der israelischen Presse beruht der israelische Entscheid, die Reparaturarbeiten nicht zu stören, auf Vermittlungsbemühungen der USA zwischen Israel und Jordanien. Jordanien soll versprochen haben, daß das Jordantal künftig nicht mehr als Ausgangspunkt für Terroristen und Saboteure dienen soll. Ferner habe Jordanien sich bereit erklärt, dafür zu sorgen, daß der Waffenstillstand nicht mehr verletzt würde.

Truppenabbau in Amerika

Demobilisierung von 90 500 Mann Truppen - Einmottung von Kriegsschiffen und Flugzeugen

Washington, 23. Sept. (UPI) Das amerikanische Verteidigungsministerium hat Einsparungen in der Höhe von 1,25 Milliarden Dollar angekündigt. Wie das Ministerium mitteilte, sollen wegen Einsparungsmaßnahmen eine vollständige Marineinfanteriedivision und weitere Verbände abgebaut sowie 22 Kriegsschiffe und 200 Flugzeuge eingemottet werden. Insgesamt werden durch diese Maßnahme 90 500 Mann der US-Streitkräfte demobilisiert. Die Maßnahme ist Teil einer im August von Verteidigungsminister Melvin Laird angeordneten Budgetkürzung seines Ressorts um drei Milliarden Dollar. Von den 90 500 Mann, die demobilisiert werden sollen, gehören 50 000 zur Luftwaffe, 20 300 zur Marineinfanterie und 7200 zur Marine, die restlichen 13 000 sind Zivilisten, die entlassen werden.

Unter den 22 für die «Einmottung» freigegebenen Schiffe sind die beiden Nachrichtenfahrzeuge «Banner», stationiert in Yokohama und «Palm Beach» aus Norfolk. Sie ühneln dem von Nordkorea aufgebracht Nachrichten Schiff «Pueblo». Die Personalkürzung bei der Marine betrifft auch elf Einheiten der Marine-Luftwaffe.

Frankreich fürchtet eine neue Unruhwelle

In kurzen Zeitabständen haben in der Woche vor dem 21. September Premierminister Chaban-Delmas und Staatspräsident Pompidou, denn Erziehungsminister Guichard und schließlich die Spitzenorganisation der gaullistischen «Wachsamkeit», der sogenannten Komitees für die Verteidigung der Republik, vor dem Mißbrauch der Streikwaffe zu politischen Zwecken und zur Unruhestiftung gewarnt und ihre Entschlossenheit unterstrichen, jedem unzulässigen Unternehmen resolut entgegenzutreten.

In früheren Zeiten pflegten die Franzosen mit Vorliebe, Streikaktionen und kollektive Arbeitskonflikte ausschließlich auf Grund der wirtschaftlich-sozialen Gegebenheiten zu würdigen und politische Unterscheidungen und Verdächtigungen, die hauptsächlich im Ausland immer wieder ausgesprochen wurden, systematisch auszuschließen. Seit der Frühjahrsvollversammlung 1968 ist aber genau das Gegenteil der Fall. Jede Streikaktion und jeder Schulkrach lassen das Bürgertum erzittern, und die politischen Beobachter stellen sich augenblicklich die Frage, ob wohl neues Revolutionswetter im Heranfließen begriffen sei.

Gewiß, die gaullistische Uebermacht in der Nationalversammlung gewährleistet wenigstens hier Stabilität, aber die Unsicherheit liegt gerade darin, daß der aktivste Teil der Opposition, nämlich die maoistischen, castritischen, trotzkistischen ... Aktionsgruppen, weder in der traditionellen Linksparteien zum Zuge kommen, noch in den Gewerkschaften angehört werden. Schließlich

ist die gemäßigte Linksoption fast ganz von den politischen Bildfläche verschwunden, so daß man im Bürgertum nicht weit davon entfernt ist, in der «guten alten» KP insofern eine ordnende politische Kraft zu erblicken, als sie sich gegen die Minderheitsgruppen zu ihrer Linken zur Wehr setzt.

Diese Vorstellung einer systemerhaltenden KPF ist aber ernstlich erschüttert worden, als der Generalsekretär des kommunistischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT), Georges Séguy, in einer öffentlichen Rede meinte, das Septennat Pompidou könnte sehr wohl von kurzer Dauer sein, und die gegenwärtigen Streiks seien geeignet, eine neue «demokratische Alternative» einzuleiten. Das heißt eigentlich nichts anderes, als daß die Kommunisten einen Regime- und Ordnungswechsel anstreben und durch die gegenwärtigen Streikoffensive als Ziel verfolgen.

Zustand der Unsicherheit

Nicht nur diese direkten Ursachen begründen einen Zustand konstanter Ungewißheit in der Bevölkerung; auch ein weiter zurückliegender Faktor spielt mit: Der Generalstreik vom Mai 1968 war nichts anderes als ein Massenvotum gegen Regime und bürgerliche Ordnung; die anschließenden Legislativwahlen aber (Juni 1968) waren ein nicht minder massives Votum für die bürgerliche Ordnung. Die Kommunisten berufen sich heute auf die erstere dieser Willensäußerungen, die Regierungspartei auf die letztere. Sachlich sind beide

Motivierungen begründet, und das schafft ein Gefühl der Spannung. Das durch Séguy angekündigte Bevorstehen einer neuen «demokratischen Alternative» ist nur die logische Folge davon. Ihre Formulierung hat das Land erneut zum Erzittern gebracht, und mit dem Abklingen der Streikaktionen am Wochenende haben sich nur die oberflächlichen Spannungssymptome gelöst, in der tieferliegenden Problemstellung jedoch ist alles beim alten geblieben.

Das Verschwinden der gemäßigten Linksparteien aus dem politischen Kräftefeld, hat nicht etwa eine klarere, sondern eine komplexere Situation geschaffen. Einen verantwortlichen Volkssozialismus nach deutschem oder skandinavischem Vorbild gibt es in Frankreich nicht und wird es vielleicht nie geben. «Links» steht, wer sagt: Der Arbeitgeber kann bezahlen, der Staat soll ihn zwingen oder nationalisieren. — Das ist das Grundthema dieses romantischen Sozialismus, dessen politisches Prestige seit den Frühjahrskämpfen um die gemeinsame Präsidentschaftskandidatur heute beinahe den Nullpunkt erreicht hat. Von einem staats- und verantwortungsbewußten Sozialismus gemäßiger Richtung ist aber vorläufig nichts zu erwarten.

Kommunisten als einzige organisierte Opposition

So stehen denn die Kommunisten, gedrängt durch die Agitation der neuen Linken, in der Stellung der einzigen, wohlorganisierten Opposition gegen das